Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.50 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.05 Mk. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 13.50 Mk., monatlich 4.50 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 14.10 Mk., monatlich 4.70 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 275 Pfg., sonst 300 Pfg., auswärtige Anzeigen 35 Pfg., Reklamepetitzeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 825 Pfg., sonst 900 Pfg. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler infolge Gesetz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich genug ist.

Nr. 251. Donnerstag, den 28. Oktober 1920. 15. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

In der gestrigen Sitzung des Reichstages hielt Reichskanzler Fehrenbach eine längere Rede, in der er sich ausführlich über Fragen der inneren und äußeren Politik verbreitete.

•

Der Deutschnationale Parteitag nahm eine Entschließung an, mit allen Mitteln auf die tunlichste Beschleunigung der Wahl des Reichspräsidenten hinzuwirken.

•

Aus Moskau wird gemeldet: Der Sowjet hat den Vorfriedensvertrag mit Polen in dem vorgelegten Wortlaut verworfen.

Erdöl und Kohle.

W. W. Die Weiterexistenz unserer Zivilisation hängt davon ab, daß unseren Industrien der nötige Betriebsstoff in ausreichendem Maße zur Verfügung steht. Die folgenschwere Abnahme der Weltkohlenförderung hat deshalb begreiflicherweise nach Ersatzstoffen für die ausfallende Kohle suchen lassen und da steht an weitaus erster Stelle das Erdöl, das die Kohle an Mannigfaltigkeit in der Verwendbarkeit bedeutend übertrifft und wie diese sehr wichtige Nebenprodukte, z. B. das Benzin, liefert. Wer die Erdölquellen beherrscht, hat künftig ein gewichtiges Wort in die Wagschale der Weltpolitik zu werfen. Der flüssige Brennstoff kommt in steigendem Maße in der Industrie (Dieselmotore) und im Verkehrswesen (Schiffahrt) anstelle der Kohle zur Verwendung. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß allerorten eine fieberhafte Suche nach verborgenen Erdölquellen eingesetzt hat, und daß man in den zur Zeit führenden Erdölländern die Ausbeute aufs Höchste zu steigern bestrebt ist. Insgesamt wurden 1919 in den verschiedenen Erdölgebieten rund 558 Millionen Faß Erdöl (zu etwa 180 Kilogramm) gefördert, die sich folgendermaßen verteilten:

Land:	Förderung in 1000 Faß: 1919		In Hundertteilen der Welterzeugung: 1913	1919
Ver. Staaten	377 719		64.0	67.8
Mexiko	87 359		7.0	16.7
Rußland	84 281		17.0	6.2
Niederl. Indien	15 780		3.0	2.8
Rumänien	6 353		3.8	1.1
Brit. Indien	8 454	1912:	2.1	1.5
Persien	8 320		—	1.5
Galizien	6 255		2.0	1.1

In den Rest teilen sich vor allem Peru, Japan, Trinidad, Kanada, Aegypten, Schottland und Argentinien. Deutschland hat im genannten Jahre 925 000 Faß Erdöl gefördert = 0.2 Prozent der Weltförderung. Die Vereinigten Staaten und vor allem Mexiko haben ihre Förderung im Kriege ganz ergeblich gesteigert, während die uns naheliegenden Oelgebiete Rußland (Baku), Polen (Galizien) und Rumänien in der Oelausbeute beträchtlich zurückgegangen sind. Außerordentlich sind die Anstrengungen, die zur Erbohrung neuer Quellen sowie zur stärkeren Ausnützung der vorhandenen gemacht werden, hofft doch z. B. Mexiko seine Förderung in diesem Jahre auf 150 Millionen Faß, d. h. auf fast das Doppelte des Vorjahres steigern zu können. Aber trotzdem reicht die Weltförderung nicht aus, um den stark gewachsenen Weltbedarf an Erdöl und seinen Erzeugnissen zu decken. Die fortschreitende Umstellung der Industrie auf Oelfeuerung, die zunehmende Verbreitung dieser Betriebsart in der Seeschiffahrt, die täglich wachsende Nachfrage nach Benzin für den Kraftwagenverkehr — alles das erzeugt eine Oelknappheit, die einen scharfen Kampf um das Weltölmonopol zwischen England und den Vereinigten Staaten heraufbeschworen hat. Dieser Kampf kommt gegenwärtig im Ringen um den Besitz der neu zu erschließenden Erdölgebiete von Palästina und Mesopotamien zum Ausdruck. Mit allen — wirtschaftlichen und politischen — Mitteln ist England bestrebt, Erdölquellen in seine Hand zu bekommen, teils um seine eigene Versorgung (Kriegsflotte!) sicherzustellen, teils um sich eine wertvolle Ware für den internationalen Handelsverkehr zu verschaffen. Für Deutschland kamen vor dem Kriege, wie auch namentlich während des Weltkrieges, vor allem die rumänischen Quellen in Betracht, an deren Besitz das deutsche Kapital vorwiegenden Anteil hatte. Heute sind wir des Mitbestimmungsrechtes an rumänischen Erdölgesellschaften verlustig gegangen, an unsere Stelle hat sich England gesetzt. In dem weiterhin für uns wichtigen Galizien ist Frankreich mit bestem Erfolg bemüht, die Erdölquellen seinem Einfluß zu unterwerfen. Der Bezug überseeischen Erdöles hängt von dem Wert unserer Mark und der Möglichkeit der Verschiffung ab. So steht es auch auf diesem Rohstoffgebiete mit der Versorgung unserer Volkswirtschaft recht trübe aus. Das sollte uns immer wieder auf die größtmögliche Ausnützung unserer eigenen Kraftquellen hinweisen. Solche Aussichten gewährt die rationelle Ausnutzung unserer Steinkohlen- und Braunkohlenschätze.

Reichskanzler und Reichsfinanzminister sprechen.

Die Etatberatung im Reichstage.

Haus und Tribünen des Reichstages waren gestern stark besetzt. Am Ministertisch Simons, Giesberts, Geßler, Fehrenbach, Wirth und Brauns. Auf der Tagesordnung stand die Interpellation des Abgeordneten Müller (Soz.) über die Entwaffnung der Bevölkerung, sowie die Interpellation Emminger und Genossen über die Vernichtung der Dieselmotoren. Beide wurden mit der Etatberatung verbunden.

Reichskanzler Fehrenbach

gab zunächst einen Rückblick auf die Tage von Spa und fuhr dann fort: Wir sind militärisch ohnmächtig, wirtschaftlich am Ende unserer Kraft. Verstöße gegen Vertreter fremder Staaten sind leider nicht ausgeblieben; wir müssen sie schwer büßen. Daß wir im russisch-polnischen Krieg trotz vielfacher Bemühungen, uns in denselben hineinzuziehen, neutral geblieben sind, werden heute große Massen uns danken. Der gute Geist unseres Volkes wird sich auch stark erweisen gegenüber den Lockungen von russischer Seite. Was die Forderung betrifft, gegen die polnischen Gewalttaten mit Gewalt vorzugehen, so liegen wir an einer Kette. Lockern wir dieselbe im Osten, so wird sie uns im Westen umso schwerer drücken. So schwer uns auch das Problem der Abrüstung drückt, wir werden uns fügen müssen. Darüber, daß es keinen deutschen Militarismus mehr gibt, kann sich nur täuschen, wer ein Interesse daran hat, sich täuschen zu lassen. Jedenfalls soll Deutschlands Abrüstung nach dem Friedensvertrag nur die Einleitung bilden zur allgemeinen Abrüstung. Wir hoffen, daß das nun auch wirklich der Fall sein wird.

Redner kommt dann auf die wirtschaftliche Lage zu sprechen und beklagt dabei unseren Kohlenmangel, während Frankreich im Ueberfluß schwelge. Bei uns wird ein Hochofen nach dem anderen ausgeblasen, Zahlreiche Arbeiter sind arbeitslos. Die Unmöglichkeit des Versailler Vertrages zeigt sich immer mehr. (Beifall.) Zahlreiche Menschenschicksale erheben erschütternde Anklage gegen die schwarze Besatzung. Wann wird die Welt das hören? Noch immer kennen wir nicht die Grenzen des Deutschen Reiches. In Oberschlesien sind Kräfte am Werke, die unbeeinflußte Entscheidung durch die Volksabstimmung auszuschalten. Wir rechnen auf die Treue der oberschlesischen Bevölkerung. Im Reichstag wird demnächst ein Gesetzentwurf eingebracht werden, welcher der oberschlesischen Bevölkerung das Recht einräumt, in unbeeinflußter Abstimmung über ihre landesstaatliche Selbständigkeit zu entscheiden. Wir stehen heute in einer Ernährungskrisis. Die Zwangswirtschaft ist längst zusammengebrochen. Nur Charlatane oder bewußte Lügner können behaupten, nach ihrem Rezept das Volk aus allem Elend zu erretten. Die Lehren der russischen Terroristen haben Schiffbruch gelitten. Die deutschen Arbeiter, die in Rußland waren, sind mit tiefster Enttäuschung zurückgekehrt. Wir glauben trotz der Halleschen Majorität, daß nur ein kleiner Bruchteil des deutschen Volkes Neigung haben wird, die russischen Methoden in Deutschland einzuführen. Unsere Aufgabe wird sein, mit allen Mitteln dem entgegenzutreten. Das Recht der freien Meinungsäußerung ist gesetzlich gewährleistet, aber es findet seine Grenze in den Schranken des Gesetzes. Unsere Warnung richtet sich an die kommunistische Partei. Der Weg zu ihrem Ziel geht nur durch den Bürgerkrieg. Wer auf Moskau schwört, der muß sich klar sein, daß er damit die Verantwortung auf sich nimmt, den Umsturz durch blutige Gewalt und inneren Krieg herbeizuführen. Er stellt sich damit außerhalb der bestehenden Rechtsordnung, die wir nicht durch Ausnahmegesetze zu schützen brauchen, sondern nur durch die bestehenden Gesetze. (Beifall.) Für russische Agitatoren, welche sich anmaßen, für den Bürgerkrieg zu predigen, ist bei uns kein Platz. (Beifall bei der Mehrheit, Unruhe auf der äußersten Linken.)

Sparsamkeit und Arbeit muß unser Programm sein. Wir sind ein armes Volk. Wir können nicht leben wie früher, wir alle, und die Reichen in erster Linie. An die Armen brauche ich eine solche Aufforderung nicht zu richten. In Landwirtschaft und Industrie müssen alle Kräfte mobil gemacht werden. Unsere Finanzen müssen geordnet, unsere Rückkehr auf den Weltmarkt möglich gemacht werden. Die Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaues ist eingehend erörtert worden. Die Regierung wird diese Erörterungen mit aller Sorgfalt verwerten. Die Vorlage wird Ihnen demnächst zugehen. Die Ergänzungswahlen zum Reichstag sollen zusammen mit den preußischen Wahlen stattfinden. Die Abstimmung in Kärnten begrüßen wir herzlich. Wir bedürfen der Zusammenarbeit aller Parteien. Alle Parteien müssen sich bewußt sein, daß eine Kritik, welche nur den Zweck hat, die Autorität der Regierung zu erschüttern, dem Vaterlande schadet. Wir brauchen positive Mitarbeit, treue und einsichtige Mitarbeit aller Parteien zum Wohle des Volkes und Reiches.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth:

Ich bedauere, daß unsere Lasten aus dem Kriege noch immer nicht feststehen. Wir leben daher in völliger Unsicherheit. Die Hoffnungen der ganzen Welt auf Brüssel sind gescheitert. Die Beamtenschaft darf den Bogen der Geldforderungen nicht überspannen. Die zu verzinsenden Reichslasten belaufen sich auf 262.54 Milliarden Mark, wozu noch 25 Milliarden der Eisenbahnschuld hinzukommen. Außerdem dürften noch 30 Milliarden Mark aus Fehlbeträgen bei einzelnen Ressorts hinzukommen. Die außerordentlichen Ausgaben aus dem Kriege kommen hoffentlich im nächsten Etat in Fortfall. Der Etat des Friedensvertrages dagegen dürfte uns noch viele Jahre hindurch beschäftigen; er beläuft sich diesmal auf 41 Milliarden Mark. Solche Belastungen kann kein Staat ertragen und kein Staat kann die hierzu nötigen Steuern aufbringen. Höher als der Zinsendienst unserer Reichsschuld sind allein die Forderungen für die Okkupation. Unsere Steuergesetzgebung kann auch heute noch nicht als abgeschlossen gelten. Ein Mehrbedarf von 4,5 Milliarden Mark für den ordentlichen Etat des nächsten Jahres ist schon heute anzunehmen. Die Durchführung der Steuern mit allen Mitteln und eine bis an die Grenze des Möglichen getriebene Sparsamkeit ist unumgänglich. Durch die Notenpresse schafft man dem Volke kein Brot aus dem Auslande. Durch eine Novelle zum Reichsnotopfergesetz soll versucht werden, die außerordentlich hohen Gewinne, welche in den letzten Monaten auf einigen Gebieten des Erwerbslebens zutage getreten sind, einer schnelleren Flüssigmachung von Beträgen zur Tilgung unserer Schuld dienstbar zu machen. Im übrigen muß der Friedensvertrag durch Waren und Arbeit abgearbeitet werden. Die Frage der Arbeitsdienstpflicht steht für alle Völker Europas vor der Tür. — Hierauf wurde die Weiterberatung auf heute vertagt. Schluß 4 Uhr.

Sächsische Volkskammer.

Präsident Fräßdorf eröffnete die gestrige Sitzung um 1 Uhr. Zunächst stand auf der Tagesordnung eine sozialdemokratische Anfrage, ob die Regierung gewillt sei, durch Verordnung eine Fristbestimmung für die Gemeindewahlen festzusetzen. Ministerialdirektor Dr. v. Schulz erwiderte darauf, daß es der Selbstverwaltung der Gemeinden überlassen bleiben müsse, einen Termin für die Neuwahlen der Stadtverordnetenvorsteher oder Gemeinderäte selbst festzusetzen. Bei der Neuordnung der Gemeindeverfassung werde man aber prüfen, ob die Neuregelung der Materie durch ein Landesgesetz notwendig sei.

Sodann stand auf der Tagesordnung die

Abänderung des Feuerbestattungsgesetzes.

Als Berichterstatter des Ausschusses sprach Abg. Hartmann (Dem.). Der Rechtsausschuß habe die Aenderung vorgenommen, daß die Verfügung über die Aschenreste den nächsten Angehörigen zusteht und daß zur Leichenschau beamtete Aerzte und Aerzte, die eine Prüfung in gerichtlicher Medizin mit Erfolg bestanden haben, und in einer bei der Kreishauptmannschaft zu führenden Liste der Leichenschau eingetragen sind, die Leichenschau vornehmen könnten. Abg. Wilde (Soz.) steht auf dem Standpunkt, daß die Einführung der obligatorischen Leichenschau eine Erschwerung der Feuerbestattung bedeute. Nach einigen weiteren Bemerkungen der Abgg. Eckardt (Deutschnat.), Hartmann (Dem.) und Müller-Leipzig (Unabh.) ergriff Minister Dr. Kühn das Wort und führte aus, daß es sich im Gegensatz zu den Ausführungen des Abg. Müller-Leipzig nicht um eine reaktionäre Maßregel handelt, sondern darum, die notwendige Pietät zu bewahren. Schließlich wurde der Ausschußantrag angenommen. Ueber die

Vermehrung der Landgendarmerie

sprach Abg. Castan (Soz.) als Berichterstatter. Er führte aus, daß der Staat Störungen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens fernhalten müsse. Die Sicherheitspolizei wird nach Möglichkeit zu diesem Zwecke zur Verfügung stehen. Die Regierung hat die Versicherung gegeben, daß ein Mißbrauch der Sicherheitspolizei nicht stattfinden werde. Minister des Innern Kühn führte aus: Die Regierung habe schon am 10. d. M. eine Verfügung an die Landessicherheitspolizei erlassen, daß sie sich bei Lohnstreitigkeiten und sonstigen wirtschaftlichen Vorgängen nicht einzumischen habe. Die Verfügung ist für alle Sicherheitsorgane geltend. In einen Streik dürfe sie nicht eingreifen, wenn nicht eine Gefahr für die Sicherheit und das Leben der friedlichen Bürgerschaft vorliege. Der Minister kam dann auf die tumultartigen Vorgänge am Dienstag während einer deutschnationalen Wahlversammlung zu sprechen und erklärte, daß solche Ausschreitungen unterdrückt werden müßten. Das staatsbürgerliche Recht der freien politischen Betätigung müsse unter allen Umständen sichergestellt werden. Eine politische Schnüffelei dürfe die Polizei nicht üben, doch sei es Pflicht der Regierung, in erregten Zeiten besondere Wachsamkeit zu üben. Nach einigen weiteren Ausführungen des Abg. Müller-Leipzig (Soz.) wurde die Vorlage einstimmig angenommen.

Zu dem Entwurf einer Verordnung über die Erhöhung der Gebühren für Tierärzte sprach Abg. Rammelsberg (Deutschnat.) und bat um Annahme der Vorlage. Diese wurde einstimmig angenommen. Ferner wurde eine Regierungsvorlage über die Erhöhung der Schreibgebühren bei den Staat-